

HISTORY IS UNWRITTEN  
UNWRITTEN  
HISTORY  
UNWRITTEN

# History is unwritten

Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak

# inhalt

## History is unwritten

### Im Zweifel für den Zweifel.

Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik.  
Vom AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends ..... 6

### Wir brauchen keine linken

**Mythen.** Perspektiven einer kritischen Gedächtnispolitik.  
Ein Gespräch mit dem AutorInnenkollektiv Loukanikos.  
Von Cornelia Siebeck ..... 8

### Antworten, die neue Fragen aufwerfen.

Eine Replik auf das AutorInnenkollektiv Loukanikos.  
Von Jens Renner ..... 11

### Erzählung statt Mythos.

Vom Umgang mit linker Geschichte.  
Von David Begrich ..... 14

### Bisherige Antworten in Zweifel ziehen.

Fallstricke und Herausforderungen linker Geschichtspolitik.  
Von Renate Hürtgen ..... 16

### Trotz Stalin, Knopp und alledem.

Abschlussbeitrag zur ak-Debatte um linke Geschichtspolitik.  
Vom AutorInnenkollektiv Loukanikos ..... 18

### Die Melodie des

#### Dr. Martin Luther King.

Die US-Bürgerrechtsbewegung politisierte die Gegenkulturen und rückte Musik ins Zentrum einer historischen Umwälzung.  
Von Max Lill ..... 20

Impressum ..... 4

Das ak-Abonnement ..... 22

# einleitung

Im März 2013 erschien in ak der Text »Im Zweifel für den Zweifel?« vom AutorInnenkollektiv Loukanikos. Er war eine Kurzfassung des gleichnamigen Kapitels aus dem Buch »Zwischen Ignoranz und Inszenierung«. An den hier aufgeworfenen Fragen entwickelte sich eine Debatte über linke Geschichtspolitik, die bis in den Spätsommer hinein in ak geführt wurde. Cornelia Siebeck sprach mit dem Kollektiv; Jens Renner, David Begrich und Renate Hürtgen diskutierten einige jener Fragen; und nachdem das AutorInnenkollektiv die Debatte mit einem weiteren Beitrag (vorerst) beendete, griff Max Lill die Diskussion an einem konkreten Beispiel erneut auf. Das AK Loukanikos entschied sich, im Dezember 2013 die Konferenz »History is unwritten« ([historyisunwritten.wordpress.com](http://historyisunwritten.wordpress.com)) zu organisieren. So entstand die gemeinsame Idee, die Debatte um linke Geschichtspolitik nochmals in Form einer Broschüre zusammenzufassen – sowohl für die Konferenz als auch um die Diskussion fortzuführen. Die ak-Redaktion bedankt sich beim AutorInnenkollektiv Loukanikos für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen LeserInnen eine anregende Lektüre.

## Das »Ende der Geschichte« angreifen?!

Von Cornelia Siebeck

**E**in Jahr nach Gründung der DDR ließ deren Regierung das Berliner Stadtschloss sprengen und beseitigte dabei auch gleich das dort befindliche Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I. – das Bild der »sozialistischen Hauptstadt« sollte vom historischen Sieg der Arbeiterklasse künden. Besagtes Schloss wird derzeit bekanntlich als »Humboldtforum« wieder aufgebaut, das von deutschem Humanismus und Weltoffenheit erzählen soll. Auf dem Sockel des einstigen Kaiserdenkmals wiederum wird sich dann das Nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal erheben. Gemäß Bundestagsbeschluss wird es nicht nur an die »friedliche Revolution ... und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit« erinnern, sondern auch an »die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte«. (1)

Seit 1990 wird hierzulande buchstäblich nation building betrieben – und zwar wesentlich auch auf den ideellen und materiellen Trümmern des Realsozialismus. Im Rahmen der Enquete-Kommissionen des Bundestages, die sich zwischen 1992 und 1998 mit der untergegangenen DDR beschäftigten, wurden die Grundlagen für eine nationale Gedächtnispolitik geschaffen. Seit-

her ist in Berlin und anderswo eine staatlich institutionalisierte und regulierte »Gedenkstättenlandschaft« entstanden, die von historischer Diskontinuität und moralischer Läuterung zeugen soll. Eine »erwachsene Nation« (Gerhard Schröder) konstituiert und legitimiert sich hier gegen einen Negativhorizont »totalitärer Vergangenheiten«.

Mit dem geplanten Freiheits- und Einheitsdenkmal vor einem »Humboldtforum« im Schlossgewand wird dieses Narrativ nun nochmals positiv gewendet. »Stimmen wir doch einmal einen neuen Grundton unseres nationalen Gedächtnisses an, in Dur und nicht in Moll«, meint etwa Günther Nooke, Ex-DDR-Bürgerrechtler, CDU-Politiker und maßgeblicher Initiator des Denkmals. (2)

Als »Mahnmal des historischen Glücks« (Wolfgang Thierse) soll es einen Gegenpol zu den Negativdenkmälern an NS-Verbrechen und SED-Regime bilden. Gleichzeitig bettet es diese in eine Erzählung ein, die von Jahrhunderte langem deutschen Ringen um Einheit, Freiheit und Demokratie kündigt, der nach so manchen Irrungen und Wirrungen schließlich an sein glückliches Ende gelangt sei. Geht es nach Nooke, soll hier ein neuer »Gründungsmythos des vereinten Deutschland« etabliert werden, mit dem auch das Ende einer »alte(n) Bundesrepublik der Linken« besiegelt werden soll. (3)

Besagte Linke hat dieser neuen Geschichtsteologie in den letzten 20 Jahren kaum etwas entgegenzusetzen gewusst. Hatte man in der alten Bundesrepublik noch für einen gegenwartskritischen Gedächtnisdiskurs und gegen alle Versuche der Regierung Kohl gekämpft, deutsche Geschichte zu »normalisieren«, sah man nun weitgehend sprach- und tatenlos zu, wie deutsche Geschichte über Auschwitz hinweg repariert wurde. Wie eine postpolitische Erzählung an Boden gewann, die die bestehende Gegenwart als einzig richtige Antwort auf die Vergangenheit erzählt. Ob Völkermord oder Stasi-Knast – in Geschichtsteologien wird alles im Strich der Gegenwart gebürstet, und weiter in eine alternativlose Zukunft.

Zwar ist die deutsche Entwicklung seit 1990 ein spezifisches Beispiel, gleichzeitig ist sie aber in vieler Hinsicht symptomatisch für das »Ende der Geschichte«, an dem sich »der Westen« seit Ende des Kalten Krieges wähnt. Das Ende von Geschichte aber ist auch das Ende von Utopie: Alles ist dann schon einmal da gewesen, alle Antworten sind schon gegeben.

Von daher ist es höchste Zeit, nach aktuellen Bedingungen und Möglichkeiten für linke Geschichtsschreibung und Gedächtnispolitik zu fragen, wie es das AutorInnenkollektiv Loukanikos tut. Unter dem Motto »Im Zweifel für den Zweifel?« hinterfragt es nämlich jene klassische linke Gegenerzählung, die sich von ebenjener Erzählung strukturieren lässt, die sie bekämpfen will. Die das Geschehene ebenso ambivalenzfrei zurichtet, um Vergangen-

heit, Gegenwart und Zukunft als geschlossenen Gegensinn zu erzählen. Die einfach wegsprengt, was nicht ins Geschichtsbild passt, seien es preußische Schlösser oder die zahlreichen Fehlschläge und avantgardistischen Abgründe linker Politiken in der Vergangenheit.

Das AutorInnenkollektiv Loukanikos fordert dazu auf, den Kampf um die geschichtspolitische Deutungsmacht wieder aufzunehmen. Zugleich fragt es nach emanzipatorischen und dabei immer auch selbstkritischen Strategien historischen Erzählens. In ak wurde diese Programmatik im vergangenen Jahr kontrovers verhandelt, die entsprechenden Artikel haben viele wichtige Fragen aufgeworfen und werden daher im folgenden noch einmal dokumentiert. Damit soll die Debatte allerdings keineswegs abgeschlossen, sondern vielmehr für weitere Beiträge geöffnet werden – zum Beispiel im Rahmen der von dem AutorInnenkollektiv ausgerichteten Konferenz »History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, Heute und Morgen« im Dezember 2013 in Berlin. Und hoffentlich auch darüber hinaus. ●

**Cornelia Siebeck ist Historikerin. Sie forscht und schreibt zu gedächtnispolitischen Themen.**

#### Anmerkungen:

- 1) Bundestagsdrucksache 16/6925, 6.11.2007.
- 2) Günther Nooke: *Ein Denkmal für die Einheit in Freiheit? Formen der Auseinandersetzung mit der DDR*. In: Peter März und Hans-Joachim Veen (Hg.): *Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur*. Köln u. a. 2006, S. 111-122, hier S. 122.
- 3) Ebd. S.119, 115.

## Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.  
 Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.  
 Redaktion Jan Ole Arps, Gabi Bauer, Martin Beck,  
 Sarah Lempp, Jens Renner, Ingo Stützle, Maike Zimmermann.  
 V.i.S.d.P. G. Bauer, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75,  
 redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb (0 40) 40 17 01 73,  
 vertrieb@akweb.de. Gestaltung Renate Möller / Auflage 3.500.  
 Ein Teil der Auflage wird kostenlos als Bildungsmaterial zur Verfügung gestellt. Der Verkauf der restlichen Auflage dient zur Deckung der Kosten. Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis: Nachdruck aus »History is unwritten«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Winter 2013. Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Mehr Infos unter:  
[www.akweb.de](http://www.akweb.de)



In Zusammenarbeit  
 mit dem AK Loukanikos

# Im Zweifel für den Zweifel?

Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik

Vom AutorInnenkollektiv  
Loukanikos and friends

**D**ie Sphäre von Mythos und Geschichte kann als Sphäre gesellschaftlich-politischer Kämpfe, als Politik selbst verstanden werden, heißt es in dem Buch »Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation«. Den AutorInnen geht es dabei nicht zuletzt um die Kritik am Mythos, bestenfalls um dessen Dekonstruktion. Ein weites Feld, wie im letzten Kapitel des Buches deutlich wird. Statt eines Schlusswortes endet es mit einer »offenen Montage«. Schlaglichtartig wechseln hier die verschiedenen Sichtweisen, die wir in einer stark gekürzten Version wiedergeben.

*Wenn man davon ausgeht: es gibt eine hegemoniale Erzählung und diese ist mythisch. Und dann gibt es eine Gegenerzählung. Ist die automatisch nichtmythisch? Was macht sie den als hegemonial kritisierten Erzählungen strukturell ähnlich, und wie vermeidet man so eine Ähnlichkeit? Kommen wir dann nicht zu diesem postmodernen Schnickschnack von vielen kleinen Erzählungen, die dann aber nichts mehr aussagen?*

Es herrscht in der Linken die Annahme vor, dass die Vergangenheit im herrschenden Diskurs nach Maßgabe der politischen Eliten ausgeblendet wird und deswegen ausgegraben und dem Mythos entgegengehalten werden muss. Es stellt sich hier das Problem 1: Die Gefahr der Instrumentalisierung und Homogenisierung von Vergangenheit durch die Konstruktion einer linken »Gegen-Tradition«. Außerdem gibt es Problem 2: Die

Einordnung des von linker Seite Ausgegrabenen ins »Kontinuum« (Walter Benjamin), d.h. hier in die herrschende Sicht auf die Geschichte.

*Ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist die Figur der Basiserzählung. In einem spezifischen nationalen Kontext werden einzelne Versatzstücke miteinander verknüpft – und die Basiserzählung ist die gemeinsame Klammer dafür. Sie ist eine flexible Struktur, die zwar gewisse dominierende Grundlinien hat, in die aber zugleich auftauchende Widersprüche wieder integriert werden können.*

Eine Erkenntnis, die man auf jede Gegenwart übertragen kann, ist: dass es sich lohnt zu kämpfen. Wenn es keine Bewegung gegeben hätte in Dresden, dann wäre wahrscheinlich das Geschichtsbild heute immer noch so wie vor zehn Jahren. Oder noch schlimmer. Ich würde sagen: Es ist immer besser,

es zu versuchen, als es sein zu lassen.

*Es geht nicht gar so sehr um die Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart, sondern um die Verortung in der Gegenwart, darum, sich immer auf gegenwärtige Verhältnisse und Kämpfe zu beziehen. Geschichte wird in der Gegenwart gemacht, Antworten lassen sich nur in der Gegenwart finden.*

Spannend wird es in dem Moment, wo du irgendwie eine ähnliche Struktur hast, auf die du dich beziehst in der Vergangenheit. Eine Vergangenheit, die mit der Gegenwart nichts zu tun hat, außer, dass sie irgendwie schon länger her ist – das ist ja langweilig. Und dieses Beispiel bei Benjamin mit den Jakobinern – das Aufregende an der Geschichte der Französischen Revolution ist ja, aus einer marxistischen Geschichtsperspektive heraus, dass sich da bestimmte Klassenfraktionen das erste Mal offen konstituiert haben – das ist schon eine Art von struktureller Kontinuität einer sich entwickelnden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die bei allen Veränderungen, die sie durchgemacht hat, immer auch eine Gemeinsamkeit haben muss. Was sind die Strukturen, die es damals gab, die es heute auch gibt.

*Dazu fällt mir Chakrabarty ein: Sein Vorschlag ist, Vergangenheit und Gegenwart eben nicht en bloc zu diskutieren. Also nicht die Entität Gegenwart in ein Verhältnis zu setzen zur Entität Vergangenheit, sondern eher die Verwobenheit zu betonen, auch von Möglichkeiten in der Gegenwart mit den Möglichkeiten in der Vergangenheit. Er verweist damit auf eine Heterogenität von sowohl Vergangenheit als auch Gegenwart, die sich immer jeweilig entsprechen.*

Wenn man sagt, es wird keine Gegenerzählung entwickelt, sondern störende Momente dem Kontinuum entgegengehalten, ist die Frage: Wie behalten diese Fragmente ihre politische Sprengkraft? Sind sie »stark« genug, um gegen ein scheinbar konsistentes herrschendes Geschichtsbild anzustinken? Und ist das nicht eigentlich postmoderner Scheiß, die sogenannten kleinen Erzählungen?



Es ist immer besser, es zu versuchen, als es sein zu lassen.

*Ich würde Gegenerzählung eher als eine Meta-Erzählung verstehen. Wenn man z.B. sagt, die Klassenkämpfe in der Bi-Zone nach 1945 waren Teil der überall noch lebendigen westeuropäischen Arbeiterklasse und des Strebens nach Selbstbestimmung und Kommunismus ... Das wäre eine mythisierende Gegenerzählung, die das integriert in eine starke, vom einzelnen Ereignis abstrahierende Erzählung. Etwas »dem Kontinuum entgegenhalten« würde bedeuten, geschichtliche Momente zu erforschen und sie so darzustellen, dass sie der Haupterzählung widersprechen. Und das wäre ja in dem Fall: Es gab Proteste, es gab Widerstand.*

Wenn ich erstmal nur auf der Ebene von Erzählungen bleibe, dann machen diese dekonstruktivistischen Ansätze Sinn: alles auseinander pflücken, möglichst viel Distanz wahren, keine linearen Erzählungen, die Abhängigkeiten herstellen, sondern alles hat seinen eigenen Raum und kann darin so mikromäßig herumfloaten als geschichtliches Ereignis. Man versucht, sich immer selbst zu kritisieren und möglichst keine große Erzählung herzustellen. Und dann aber sitze ich im Kolloquium und es werden zwei Doktorarbeiten vorgestellt von Leuten, die akademisch in so einem antiideologischen Kontext sozialisiert sind und Mikrogeschichte machen. Da geht es um einzelne Leute und einzelne Handlungsräume in einzelnen Situationen – also apolitisch, heruntergebrochen, »das war eine Person in einem bestimmten Machtverhältnis und die konnte das und das erwarten«. Dann wird gefragt: Was ist denn das Spezifische? Und es gibt keine Antwort, weil sie sich in diesem Mikrodigital total verloren haben. Sie haben keinen Begriff mehr davon, was da eigentlich passiert und warum es dort passiert und woanders nicht. Das will ich auch nicht. Also nicht irgendwelche kleinen Sachen beschreiben, denen man irgendwie gerecht wird, ethisch, moralisch, aber im Grunde genommen macht man nicht mehr als ein Archiv. Politisch hat das keinen Nutzwert, und auch erkenntnismäßig nicht. Wenn ich

die Welt verstehen will, dann bringt mir das gar nichts.

*Ich denke, was man immer im Kopf haben muss, wenn man sich mit dem Mythos beschäftigt oder ihm etwas Störendes entgegen setzen will, ist seine Bildhaftigkeit. Solche mythischen Bilder oder Symbole haben eine große Macht und Wirkung. Sie synthetisieren, was man in einer nüchternen Denkweise so gar nicht zusammenbringen kann. Das heißt, wenn man gegen den Mythos arbeiten will, dann bekämpft man auch immer die Macht des Symbols. Und das ist eben auch ein großes Problem bei der Mythos-Kritik, da hat man es immer auch mit diesem sehr wirkmächtigen, bildhaften Element zu tun.*

Was ich wichtig finde ist, dass wir uns hier nicht festbeißen an Mythen als bloße schlagwortartige Einzelerzählungen à la Hitler und Autobahn, sondern auch den Begriff von Mythos als einer Grundstruktur im Kopf haben – als naturalisierende Wahrnehmung von Gesellschaft und Geschichte. Die dann darauf hinausläuft: So wie Geschichte verlaufen ist, hat sie verlaufen müssen. Und so, wie die Gegenwart ist, muss sie sein. Das ist eine grundlegende Auffassung, die erstmal gar nicht so schillernd-mythisch auftritt, die aber vielleicht gerade deshalb viel schwieriger zu hinterfragen und zu destabilisieren ist. Also genau diese scheinbar naturhafte Linearität, diese sinnhafte Anordnung von Vergangenheit und Gegenwart, vor der die abgebrochenen Momente verblasen.

*Die Frage wäre dann ja: Was genau bekämpfe ich? Kann ich überhaupt die einzelne mythische Kampagne bekämpfen, wenn diese grundlegende Auffassung noch steht, also wenn die im Alltagsverstand noch wirkmächtig ist? Kann ich das, kann ich das nicht? Weil ich notwendig verlieren muss, solange diese Grundauffassung im Hintergrund wabert? Und solange die nationale Basiserzählung noch intakt ist?*

Es gibt immer diese zwei Perspektiven, nämlich zum einen die Perspektive des politischen Aktivisten, der eine bessere

Gesellschaftsordnung anstrebt und die bestehende kritisiert, und die des Historikers. Häufig dient Geschichte ja politischen AktivistInnen oder sozialen Bewegungen als Ressource, um sich in sozialen, politischen Konflikten zu verorten, Argumentationspotenzial zu haben gegenüber dem politischen Gegner und um sich zu identifizieren.

**Mein Interesse wäre, eine Geschichtspolitik zu entwickeln, die nicht nur nicht-mythisch ist, sondern eben auch emanzipatorisch in dem Sinne, dass man miteinander redet und nicht jemanden zuschwallert. Also nicht: Nimm jetzt hier meinen Mythos an, guck mal hier, stimmt doch alles. Sondern, dass man sich selbst verständigt: Ok, auch in der Geschichte hat es immer menschliche Unzulänglichkeiten gegeben und die müssen wir aufnehmen, weil wir eine menschliche Gesellschaft wollen, die eben auch solche Unzulänglichkeiten sowohl in Vergangenheit als auch in der Gegenwart mit einbezieht.**

Viele Leute identifizieren gerade als Problem der Linken, dass es keine Gegenerzählung gibt. Das ist eine strategische Frage: Können wir uns als hybride Subjekte begreifen und trotzdem kämpfen? Oder geht das gar nicht? Müssen wir uns nicht irgendwie auf eine kollektive Identität, die mythische Züge tragen mag, einlassen, wenn wir überhaupt in Auseinandersetzungen gehen wollen?

**Ich frage mich, ob ein Schreiben ohne Mythos eigentlich geht. Oder das Auslassen von Mythos überhaupt – also ob man sich dafür tatsächlich entscheiden kann. Denn das ist ja eine Frage von Objektivität: Entweder ich mache das, oder ich mache das nicht. Aber ich glaube, tatsächlich bewegt man sich immer dazwischen. Oder vielleicht sogar eher zu der Seite hin: Es geht nicht wirklich ohne Mythos, weil du immer dein Bild dazu im Kopf hast.**

Kann man tatsächlich Geschichte von unten aufrollen? Mit Benjamin ließe sich sagen: Das, was die bürgerliche Geschichtsschreibung auszeichnet, ist unter anderem eine Linearität. Und die von unten aufzurollen, wäre doch auch eine Linearität. Oder es wäre

dann nicht Geschichte. Geschichte kann ja nicht erzählt werden im Sinne von: Leute haben ihr Leben gelebt und sind zur Arbeit gegangen. Oder die hatten einen Bauernhof. Und dann hatten sie eine Tante, und irgendwann sind sie tot. Das ist ja nicht Geschichte. Und dann stellt sich die Frage: Ist Geschichte nicht immer eine Linearisierung? Was erzählt man denn dann, wenn man es nicht linear erzählen will?

**Mir stellt sich die Frage, wo das dann endet mit den ganzen Mikrogeschichten und Mikroperspektiven. Am Ende steht die Frage: So what? Wenn man keine größeren Bezüge mehr herstellt, weil das dann vielleicht mythisierend wäre und man das nicht einordnen will in einen sinnhaften Zusammenhang – erscheint das dann vielleicht nicht alles irgendwann total irrelevant? Weil es einem nicht dabei hilft, sich einen Begriff von der Welt zu machen oder sich politisch damit auseinanderzusetzen.**

In der Lösung des Rätsels, das die politische Situation der Gegenwart stellt, kommen die Fragen nach dem Zustand der Gegenwart und die Fragen nach dem Zustand der Vergangenheit zusammen: das »Jetzt der Erkennbarkeit«. Es ist nur diese Konfrontation, die geschichtspolitisch Sinn macht, eine, die weder das Heute als geschichtsloses Ding begreift, noch der Geschichte andichtet, sie könne Antworten bieten, wenn sie allein auf weiter Flur ist. ●

**Das AutorInnenkollektiv Loukanikos sind Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen und Till Sträter.**

Zuerst erschienen in *ak 570/16.3.2012*

*Der Text ist ein stark gekürzter Auszug aus: Henning Fischer, Uwe Fuhrmann, Jana König, Elisabeth Steffen, Till Sträter (Hg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation. Westfälisches Dampfboot, Münster Mai 2012. 200 Seiten, 19,90 EUR.*

## Das AutorInnenkollektiv

*fragt nach der Funktionalisierung der Vergangenheit für die Politik der Gegenwart. Ausgangspunkt ist eine Kritik der aktuellen Konjunktur des Begriffs der »Erinnerung«, der die Vorstellung eines unmittelbaren und authentischen Bezugs auf Vergangenheit suggeriert. Es werden ausgewählte Aspekte der deutschen und spanischen Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts untersucht, darunter die spanische »Erinnerungsbewegung«, der Dresden-Mythos, der Gründungsmythos »Soziale Marktwirtschaft« und der Blick der »Berliner Republik« auf die DDR. Ihr Buch »Zwischen Ignoranz und Inszenierung« erschien im Mai 2013 im Verlag Westfälisches Dampfboot. Der Text »Im Zweifel für den Zweifel?« kann in voller Länge auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung heruntergeladen werden: → [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)*

# Wir brauchen keine linken Mythen

Perspektiven einer kritischen Gedächtnispolitik. Ein Gespräch mit dem AutorInnenkollektiv Loukanikos

Von Cornelia Siebeck

**G**rabe, wo du stehst!«, lautete der Schlachtruf der Neuen Geschichtsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre. Der akademischen Geschichtsschreibung und dem Vorhaben der Regierung Kohl, deutsche Identität und Geschichte zu »normalisieren«, setzte sie eine kämpferische »Geschichte von unten« entgegen.

Als viele BürgerInnen sich eben anschickten, in gut besuchten Stauer-, Wittelsbacher- oder Preußenausstellungen ihre regionale Identität aufzumöbeln, entstanden anderorts Graswurzelinitiativen, die lokale Arbeiter-, Frauen- oder Umweltgeschichte recherchierten und in Ausstellungen, Stadtrundgängen und Publikationen öffentlich machten.

Im Modus der »Spurensuche« erforschten und skandalisierten AktivistInnen damals auch beschwiege-

ne lokale NS-Vergangenheiten. Sie kämpften für den Erhalt materieller Überreste als Lernorte und forderten Entschädigungen für sogenannte vergessene Opfergruppen wie Homosexuelle oder Sinti und Roma.

Die AktivistInnen fanden breite Unterstützung einer linksliberalen Öffentlichkeit, die sich gegen die damalige konservative Kulturkampfrhetorik wandte. Dem Traum von der normalisierten nationalen Identität setzte Jürgen Habermas schließlich das Konzept eines postnationalen Verfassungspatriotismus entgegen, der Auschwitz als fundamentalen Bruch in der deutschen Geschichte akzeptierte.

Während die nationale Identitätsfrage im bundesdeutschen Mainstream nicht zuletzt dank des linken Gedächtnisaktivismus vorerst ungelöst blieb, hatten die AktivistInnen selbst offenbar keinerlei Probleme mit ihrer Selbstverortung: Man deklarierte eine »neue linke Identität« in der Tradition der »Abhängigen und Unterdrückten« und ihrer Kämpfe.

Deren Geschichte gelte es anzueignen, um »rebellisches Potenzial« gegen eine »menschenverachtende, profitorientierte Moderne« zu stärken und schließlich dem »Lebenszusammenhang für den man sich entschieden hatte, einen alten, durch den Missbrauch der Nazis unbrauchbar gemachten Namen zu geben: »Heimat««. (1)

Rückblickend wirkt das bizarr: Da hatte man gerade begonnen, der bundesrepublikanischen Gesellschaft ihren postnazistischen Zustand vor Augen zu führen, und schon wollte man es sich auf der »richtigen Seite« gemütlich machen. Ihre Sehnsucht nach einer ambivalenzfreien »Heimat« teilten die AktivistInnen dabei nicht nur mit dem politischen Feind; sie lag auch voll im Trend eines beginnenden Zeitalters der Identitätspolitik nach dem »Ende der großen Erzählungen«.

Nichtsdestotrotz: Die Neue Geschichtsbewegung war in mancher Hinsicht erfolgreich, ihre gegenwartskritischen Perspektiven auf deutsche Geschichte prägen viele

von uns bis heute. Von einer ähnlich engagierten linken Gedächtnispolitik sind wir derzeit allerdings weit entfernt – obgleich wir mit einem wesentlich gefestigteren hegemonialen Gedächtnisdiskurs konfrontiert sind als noch vor 30 Jahren.

Warum ist das so? Und wie müsste eine kritisch-emanzipatorische Gedächtnispolitik heute überhaupt aussehen? Das AutorInnenkollektiv Loukanikos hat dazu kürzlich den Text »Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik« publiziert. (ak 570) Gemeinsam haben wir einen Blick zurück geworfen, um von dort aus über Strategien für Gegenwart und Zukunft nachzudenken.

**Hier die Geschichte der »herrschenden Klassen«, dort »wir« in der Tradition der »Abhängigen und Unterdrückten« ... Können wir damit noch irgendetwas anfangen?**

**AutorInnenkollektiv Loukanikos:** Was für uns definitiv nicht mehr funktioniert, ist dieser schlichte Antagonismus: Einerseits die Herrschenden, andererseits »wir« als deren Gegenteil; und weil die Herrschenden im Unrecht sind, sind wir im Recht. Von da aus schreiben wir »unsere« Geschichte und finden darin nur Gutes, weil wir nur danach suchen.

Was aber sicher noch funktioniert, ist diese Operation einer Herstellung oder Verstärkung einer kämpferischen Identität mittels passender Vergangenheitsbezüge. Allerdings birgt das immer die Gefahr, dass Ambivalenzen, Widersprüche und Brüche geglättet oder eliminiert werden: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne«. Die Späne sind dann all die Geschehnisse, Dynamiken und Personen, die einem nicht in den Kram passen. Die Vergangenheit kann sich ja nicht wehren.

**Brauchen macht- und ideologiekritische Diskurse aller Art nicht auch affirmative Traditionen?**

Natürlich ist die Artikulation von Forderungen immer mit Sinnstiftung verbunden. Zunächst geht es um Aktuelles: rassistische Diskriminierung, Räumung eines Bauwagenplatzes, Kürzung



**Wie wollen wir aus dem Scheitern lernen?**

von Sozialleistungen, Krieg usw. Erstmal wird das in gegenwärtige Zusammenhänge eingeordnet, zusätzlich dann aber oft auch in einen historischen Erfahrungshorizont eingeschrieben, wodurch es an Bedeutung gewinnt.

Das heißt aber nicht, dass solche Geschichten wie Märchen funktionieren müssen: Die immer gleichen Helden und Schurken, die sich auf immer neuen Schauplätzen begegnen. Erstmal mag das zweckmäßig erscheinen. Aber letztlich stellt sich die Frage, ob man damit nicht seine politischen Ziele unterminiert, die ja auf Emanzipation von herrschenden Verhältnissen zielen.

**Könnt ihr das genauer erklären?**

Die Frage ist, ob man die grundlegenden Strukturen hegemonialer Gedächtnis- und Identitätspolitik so nicht einfach nur reproduziert, auch wenn man sie mit anderen Inhalten füllt: Es bleiben vergemeinschaftende Rhetoriken, die aus entsprechend zurechtgestutzten historischen Erzählungen exklusiv abgeleitet werden.

Der herrschende Diskurs produziert dauernd irgendwelche Identitäten, nicht zuletzt über eine institutionell abgesicherte Gedächtnispolitik. Die Kehrseite von Inklusion ist aber Exklusion: der Ausschluss von Menschen, und von tatsächlichen oder möglichen Realitäten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Wenn der politische Gegner das tut, kritisieren und dekonstruieren wir das. Warum nach den gleichen Spielregeln spielen?

**Also gar keine Traditionen mehr? Droht da nicht Orientierungsverlust?**

Ob wir darauf ganz verzichten können, sei dahingestellt. Die Frage ist aber, wie offen oder geschlossen solche Traditionen formuliert sind. Und wäre es nicht möglich, sich der Vergangenheit anders anzunähern: mit einer kritisch-solidarischen Haltung gegenüber vergangenen Kämpfen? Da wäre erstmal nur emphatisch festzustellen: Es gab immer Kämpfe für eine »bessere Welt«, um das dann für Gegenwart und Zukunft zu aktualisieren: Es gibt Kämpfe, und es wird sie immer geben.

Jenseits davon würden wir dieser kämpferischen Vergangenheit fragend begegnen. Solidarisch, aber ohne alle Praktiken und Ziele einstiger Kämpfe teilen oder darüber hinwegsehen zu müssen, dass diese oft gescheitert sind oder sich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Und ohne sie unseren Anliegen im Heute komplett zu unterwerfen. Vergangenheit und Gegenwart würden in ein Spannungsverhältnis gebracht, anstatt sie aus einem Identitäts- und Traditionsbegehren heraus in Einklang zu zwingen.

Das wäre einerseits eine politisch standortgebundene Perspektive, die wir auch brauchen. Andererseits entstünde Raum für Auseinandersetzung, Kritik und Zweifel. Wir wären diese gefährlichen Selbstverständlichkeiten los, die herkömmliche Identitätspolitik und Traditionsbildungen vor sich hertragen.

**Ob man sich mit so einem Meta-Selbstverständnis in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht eher schwächt?**

Klar, damit macht man sich angreifbar. Aber wir sind ja auch angreifbar, warum sollte man dazu nicht stehen? Vielleicht könnte sich dieses Eingeständnis als Stärke erweisen und einen Raum für Allianzen und Solidaritäten öffnen, die durch homogenisierende Traditionsstiftungen sonst eher verhindert werden.

Und wenn man eine gesellschaftliche Gegenhegemonie organisieren will, ist es natürlich notwendig, nach einem übergreifenden Narrativ zu suchen. Allerdings vielleicht eher im Sinne eines gemeinsamen Backblechs für viele linke Törtchen, in dem auch Dissens und Fraktionierung Platz haben. Denn die hat es neben den gemeinsamen Interessen immer gegeben und wird es auch weiter geben.

**Sind wir dann nicht nur noch damit beschäftigt, Törtchen anzuordnen, uns also primär mit uns selbst zu beschäftigen?**

Natürlich braucht es nach wie vor auch die konkrete Gegenarbeit. Wenn in Dresden nur von alliierten Bomben die Rede ist und nicht vom dortigen »Durchgangslager«

nach Auschwitz, muss letzteres in Erinnerung gerufen werden. Und natürlich sollen wir weiter eine »Geschichte der Unterdrückten« erforschen und erzählen! Aber wir müssen uns bewusst bleiben, dass es auch Geschichten gibt, die von den Unterdrückten unterdrückt werden; dass Unterdrückte auch zu Unterdrückenden werden können. Es gilt, den Moment nicht zu verpassen, an dem ein kämpferischer Vergangenheitsbezug in Mythenproduktion umschlägt. Wir brauchen keine linken Mythen.

*De facto scheint sich die Linke hierzulande derzeit kaum für gedächtnispolitische Fragen zu interessieren: In Berlin soll ein nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal entstehen. Erklärte Absicht ist, einen positiven Kontrapunkt zur Gedenkkultur an die negative Nationalgeschichte zu setzen. Warum sehen wir dagegen keinerlei Protest? Als Kohl 1993 die Neue Wache zur Gedenkstätte für alle erdenklichen »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« umwidmete, gab es Gegendemos und breite öffentliche Kritik. Was ist seither passiert?*

Eine These von uns wäre, dass eine erfolgreiche Integration einst kritischer gedächtnispolitischer Ansätze in den hegemonialen Diskurs stattgefunden hat. Nicht die Tabuisierung oder Relativierung der NS-Vergangenheit, die ja im Projekt Neue Wache noch zum Ausdruck kam, sondern gerade deren offensive Akzeptanz hat eine »Normalisierung« deutscher Identität und Geschichte ermöglicht. Seit 20 Jahren wird eine nationale Läuterungserzählung inszeniert, und nun sind wir beim Happy End.

Zugleich ist die Linke seit Ende des Kalten Krieges fundamental geschwächt. Viele sind seither deutlich nach Rechts gerückt. Die verbleibenden Strukturen sind vielleicht überfordert, in gedächtnispolitische Debatten einzugreifen. Symbolpolitik scheint sekundär im Vergleich zu den akuten gesellschaftspolitischen Kämpfen.

Sicher spielen auch generative Faktoren eine Rolle: Diejenigen, die mit der Autorität ihrer Erfahrung als NS-Verfolgte in

deutsche Normalisierungsdiskurse intervenieren konnten, werden immer weniger. Und die Jüngeren sind schon mit der »Normalität« des »geläuterten« Nationalismus aufgewachsen: Freiheits- und Einheitsdenkmal, Bundeswehr-Ehrenmal – so was überrascht die gar nicht mehr, auch wenn sie es natürlich ablehnen.

***Wäre die radikalste Form der Unterminierung herrschender Gedächtnisdiskurse nicht eine Rückeroberung der Zukunft? Warum überhaupt noch Gedächtnispolitik?***

Es macht keinen Sinn, das gegeneinander auszuspielen. Gerade mit Blick auf eine andere Zukunft brauchen wir eine kritische Auseinandersetzung mit Vergangenheit. Wie sonst wollen wir der strukturellen Geschichtsvergessenheit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft widersprechen, die ja auch eine Zukunftsvergessenheit ist, weil diese Gesellschaft nur Gegenwart denkt und verwertet? Und wir, wie wollen wir aus dem Scheitern lernen? Die Linke hat es bisher fast gänzlich versäumt, sich offensiv mit Stalinismus und Realsozialismus auseinander zu setzen – sei es aus Desinteresse, sei es aus strategischen Bedenken.

Man überlässt das dem herrschenden Diskurs, dem diese Vergangenheit aber nur wieder als Mittel dient, das Bestehende als alternativlos zu legitimieren. Solange linke AktivistInnen und HistorikerInnen nicht eine eigene Auseinandersetzung mit dieser Geschichte in Gang bringen, wird »1989« ein Totschlagargument gegen jeglichen Versuch einer besseren Einrichtung der Welt bleiben. ●

---

**Cornelia Siebeck** ist Historikerin. Sie forscht und schreibt zu gedächtnispolitischen Themen.

---

Zuerst erschienen in ak 578/  
14.12.2012

**Anmerkung:**

1) Alle Zitate zur Neuen Geschichtsbewegung stammen aus: Hannes Heer und Volker Ullrich (Hg.): *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*, Reinbek 1985.

# Antworten, die neue Fragen aufwerfen

Eine Replik auf das AutorInnenkollektiv Loukanikos

Von Jens Renner

**M**it den »Möglichkeiten linker Geschichtspolitik« (ak 570) bzw. den »Perspektiven einer kritischen Gedächtnispolitik« (ak 578) beschäftigt sich das AutorInnenkollektiv Loukanikos. Eine grundlegende Erkenntnis: »Wir brauchen keine linken Mythen«. Damit bin ich voll einverstanden. Anderes erscheint mir diskussionswürdig – oder zumindest ergänzungsbedürftig.

Als Begründer der Lehre vom Mythos als sozialer Kraft gilt Georges Sorel (1847-1922). Vom Marxismus herkommend, wurde er mit

seiner Mythentheorie zu einem ideologischen Wegbereiter des Faschismus. Über Sorels Ideen schreibt der Historiker Zeev Sternhell: »Das mythische Denken ist das Gegenteil des reflektierenden und diskursiven Denkens, es handelt sich um eine religiöse Mentalität, die gegen die rationalistische aufbegehrt. Dieses Denken hat eine unmittelbare Aufgabe, die Mobilisierung der Massen und die Veränderung der Welt. Dem Sorelschen Mythos wohnt eine unvergleichliche Kraft der Überzeugung und des Anreizes zum Handeln inne, er ist eine unerschöpfliche Quelle der Erneuerung, der Hebung der Moral, des Heroismus. Der Mythos beinhaltet Denken und Handeln, er erschafft Legenden, die der Mensch lebt, statt die Geschichte zu

leben, er erlaubt, seiner erbärmlichen Gegenwart zu entfliehen, gewappnet mit einem unerschütterlichen Glauben.« (1)

In Sternhells Formulierungen wird nachvollziehbar, welche Verführungskraft Mythen haben können – auch für Linke. Dass Mythen keineswegs reine Phantasieprodukte sind, zeigt der 2012 verstorbene Altmeister der marxistisch orientierten Geschichtsschreibung, Eric Hobsbawm, der darauf verweist, »dass Historiker von Beruf wegen die hauptsächlichsten Produzenten des Rohmaterials sind, das zu Propaganda und Mythen umgewandelt wird.« Woraus er folgert: »Die Entzauberung politischer oder sozialer Mythen, die sich als Geschichte kostümiert ha-

ben, gehört seit Langem zu den Berufspflichten des Historikers.« (2) So weit, so einleuchtend.

Dass es mit der Dekonstruktion von Mythen allein nicht getan ist, räumt auch Loukanikos ein. So zumindest verstehe ich den Verweis auf die »vielen kleinen Erzählungen, die dann nichts mehr aussagen« bzw. »keinen Nutzwert« haben, weder politisch noch erkenntnismäßig, und auf eine noch zu entwickelnde Geschichtspolitik, die »nicht nur nicht-mythisch ist«, sondern auch »emanzipatorisch«. (ak 570) Hier argumentieren die AutorInnen offensichtlich aus der »Perspektive des politischen AktivistIn«, die sie richtigerweise von der »des Historikers« unterscheiden.

Ihr Angebot in Sachen emanzipatorischer Geschichtspolitik linker AktivistInnen erscheint mir dann allerdings schwach. Auf die Frage von Cornelia Siebeck, der Interviewerin: »Also gar keine Traditionen mehr? Droht da nicht Orientierungsverlust?« antworten sie: »Ob wir ganz darauf verzichten können, sei dahingestellt. Die Frage ist aber, wie offen oder geschlossen solche Traditionen formuliert sind. Und wäre es nicht möglich, sich der Vergangenheit anders anzunähern: mit einer kritisch-solidarischen Haltung gegenüber vergangenen Kämpfen? Da wäre erstmal nur emphatisch festzustellen: Es gab immer Kämpfe für eine ›bessere Welt‹, um das dann für Gegenwart und Zukunft zu aktualisieren: Es gibt Kämpfe, und es wird sie immer geben. Jenseits davon würden wir dieser kämpferischen Vergangenheit fragend begegnen.« (ak 578)

Fragend schreiten wir voran. Oder treten wir auf der Stelle? »Dass es sich lohnt zu kämpfen« (ak 570), ist eine ziemlich banale Erkenntnis. Unklar bleibt auch, wo der »Raum für Allianzen und Solidaritäten« liegen soll, »die durch homogenisierende Traditionsstiftungen sonst eher verhindert werden«: Wer verbündet und solidarisiert sich wo mit wem, und inwiefern stört hierbei Tradition? Wenn sie es tut, müssen wir sie kritisieren. Da reicht es nicht, »der kämpferischen Vergangenheit fragend (zu) begegnen«.



Die Entzauberung politischer oder sozialer Mythen, die sich als Geschichte kostümiert haben, gehört seit langem zu den Berufspflichten des Historikers. (Eric Hobsbawm)

### Die Märtyrerin Rosa Luxemburg

Die Formel von der »kritisch-solidarischen Haltung gegenüber vergangenen Kämpfen« (ak 578) weist in die richtige Richtung. Im Konkreten scheiden sich die Geister an der Frage, wo Kritik und wo Solidarität angebracht ist bzw. wie deren »Mischungsverhältnis« aussehen soll. Es gibt auch eine besserwisserische Kritik vergangener Kämpfe und KämpferInnen, von denen etliche ihr Leben eingesetzt haben. Am wenigsten Probleme haben Linke für gewöhnlich mit denen, die der Neostalinist Domenico Losurdo leicht abschätzig die »Edel-Figuren« nennt – »edel auch, weil sie der Machtausübung fernstanden«.

Dazu zählt natürlich Rosa Luxemburg. Dass die PDS/Linkspartei ihre Stiftung nach Rosa Luxemburg benannt hat, war mutig, die offizielle Begründung für diese Wahl ist pathetisch: »Kompromisslos und stimmgewaltig vertrat sie ihre Überzeugungen. Mit menschlicher Wärme und mitreißendem Temperament vermochte sie jeden für sich zu gewinnen, der sich vorurteilsfrei auf sie einließ. Verschreckt indes reagierten jene, die sich ihr nicht gewachsen fühlten. (...) Rosa Luxemburgs unversöhnlicher Kampf gegen den Krieg und die Radikalität, mit der sie auf der Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit bestand, haben heute nichts an Strahlkraft verloren. Rosa Luxemburg ist Märtyrerin der deutschen Novemberrevolution. Die Jüdin, Polin und Sozialistin, die jeglichen Terror verabscheute, starb durch die Hand rechter Terroristen in deutscher Uniform am 15. Januar 1919 im Berliner Tiergarten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung fühlt sich dieser demo-

kratischen Sozialistin verpflichtet.« (www.rosalux.de)

Als Hommage an die Namensgeberin und griffige Formel, die sich auf die Website stellen lässt, mag das angehen. Aber wo es um fundierte linke Geschichtspolitik geht, fällt die kritiklose Verehrung der großen Genossin auf die Gemeinde der Gläubigen zurück; neue Mitglieder wird sie damit nicht gewinnen. Den Angriffen von rechts, den Lügen über und dem Hass auf Rosa Luxemburg lässt sich nur mit einer differenzierten Darstellung entgegenreten. Ein Beispiel ist Ottokar Lubans Kritik an der »ratlosen Rosa«, insbesondere an ihrem Agieren im Januar 1919 und den nachträglich von der KPD verbreiteten Legenden. (3) Luban sieht bei Luxemburg »illusionäre Erwartungen«, »vollständig irreal« Vorschläge an die kämpfenden Massen, ein »deterministisches Geschichtsbild« usw. Das sind starke Worte, die man nicht als Besserwisserie eines Autors abtun sollte, der Jahrzehnte später am Schreibtisch sein Urteil fällt. Linke Geschichtsschreibung bleibt eine Gratwanderung (oder sollte eine sein). Dabei scheinen mir begründete – und zugleich angreifbare – Thesen erkenntnisfördernder als bloße Fragen.

Wie schwierig der Umgang mit linker Geschichte sein kann, zeigt ein zweites Beispiel: die italienische Widerstandsbewegung gegen Faschismus und deutsche Besatzung, die Resistenza. Dass sie das Richtige tat und einen (großen) politischen und (nicht ganz unerheblichen) militärischen Beitrag zur Befreiung leistete, sollte für Linke außer Frage stehen. Für Rechte und Bürgerliche hingegen ist der »Resistenza-Mythos« seit Jahrzehnten ein Stein des Anstoßes und ein wichtiges Thema des seit den 1970er Jahren immer mal wieder aufflammenden italienischen Historikerstreits.

### Der »Resistenza-Mythos« – ein rechter Kampfbegriff

Tatsächlich hat die jahrzehntelang von der kommunistischen Partei, dem PCI, dominierte Linke um die Resistenza einen Mythos geschaffen. So erzählen Roberto Battaglia und Giuseppe Garritano in ihrem

Standardwerk (4) die »Geschichte des Widerstandskampfes des italienischen Volkes« – gegen eine »Handvoll Abenteurer, die ihr Vaterland um des ›Hitlerschen Großdeutschlands‹ willen verraten« hätten. In Wahrheit kämpfte nur eine Minderheit, die allerdings gegen Kriegsende immer breiter unterstützt wurde. Zugleich blieben Hunderttausende bewaffneter Faschisten an der Seite Nazi-Deutschlands, keineswegs nur eine »Handvoll Abenteurer«.

Diese mittlerweile längst nicht mehr umstrittenen historischen Fakten nutzen allerdings rechte und bürgerliche GeschichtspolitikerInnen für ihre Forderung, »die Gegenüberstellung von Faschismus und Antifaschismus zu überwinden« (so der Historiker Renzo De Felice) – beide Seiten hätten in gutem Glauben für ihre Sache gekämpft. Um die überfällige »nationale Versöhnung« zu erreichen, müsse der »Resistenza-Mythos« zerstört werden. Auch AntifaschistInnen griffen das Versöhnungsangebot auf. Linke Geschichtspolitik wäre gegenüber rechter Geschichtspolitik noch weiter in die Defensive gedrängt worden, hätten nicht andere, etwa der Partisanenverband, sich diesem »Angebot« verweigert. Insofern ist das ein klassisches Beispiel für eine Konstellation, die Loukanikos ironisch umschreibt: »die immer gleichen Helden und Schurken, die sich auf immer neuen Schauplätzen begegnen.« (Dass die Resistenza nicht nur aus »Helden« bestand und in der Debatte um den »Resistenza-Mythos« zu den alten »Schurken« neue hinzugekommen sind, kann hier unberücksichtigt bleiben.)

### Noch einmal Hobsbawm

Auch wenn die Aufgaben (professioneller) kritischer Geschichtsschreibung und (aktivistischer) linker Geschichtspolitik nicht deckungsgleich sind, kann ein Rückgriff auf Eric Hobsbawm auch für letztere hilfreich sein. Die in seinem Buch »Wieviel Geschichte braucht die Zukunft« enthaltenen Reflexionen über sein Fach unterteilt Hobsbawm in »drei Kategorien, die sich überschneiden«: »Zum ersten be-

fasse ich mich mit dem Gebrauch und Missbrauch von Geschichte in Gesellschaft und Politik und mit der Erkenntnis und, wie ich hoffe, der Umgestaltung der Welt«; zweitens reflektiert er »Überblicke und kritische Einschätzungen unterschiedlicher geschichtswissenschaftlicher Trends und Moden«; drittens geht es ihm »um meine eigene Form von Geschichte, das heißt um die zentralen Probleme, denen sich alle ernsthaften Historiker zuwenden sollten, um die historische Interpretation ...«

Entschieden wendet Hobsbawm sich gegen die Mode, Vergangenheit als bloße »gedankliche Konstruktion« zu betrachten: »Kurz gesagt, ich bin überzeugt, dass es ohne eine Unterscheidung zwischen Dingen, die so sind, und solchen, die nicht so sind, keine Geschichte geben kann.« Wenn die »Unterscheidung zwischen Faktum und Fiktion, zwischen objektiver Wirklichkeit und begrifflichem Diskurs in Zweifel« gezogen werde, dann »ist meine eigene Konstruktion der Wirklichkeit ebenso gut wie die eines jeden anderen«; dann könne »kein narrativer Bericht unter vielen möglichen Berichten als privilegiert betrachtet werden«.

Zumindest der Tendenz nach sehe ich das, was Hobsbawm als historischen »Relativismus« kritisiert, auch in den geschichtspolitischen Überlegungen von Loukanikos angelegt. ●

Zuerst erschienen in ak 580/  
15.2.2013

### Literatur:

- 1) Zeev Sternhell: *Die Entstehung der faschistischen Ideologie*. Von Sorel zu Mussolini. Hamburger Edition 1999.
- 2) Eric Hobsbawm: *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*. dtv, München 2001.
- 3) Ottokar Luban: *Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit*. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2001.
- 4) Roberto Battaglia und Giuseppe Garritano: *Der italienische Widerstandskampf 1943 bis 1945*. Deutscher Militärverlag, Berlin/DDR 1970.

# Erzählung statt Mythos

Vom Umgang mit linker Geschichte

Von David Begrich

**E**s gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.« (Walter

Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, These IX)

In welchem Zustand sich linke Erinnerungspolitik befindet, lässt sich alljährlich im Januar in Berlin-Friedrichsfelde in Augenschein nehmen. In einer säkularen Fronleichnamsprozession pilgern dort Tausende Menschen zu den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Es gibt Erbsensuppe, Würstchen und Ikonenbilder, rote Plakette und nostalgische Arbeiterlieder. Eine Mischung aus Kirmes und Gespensterzug. Nicht wenige TeilnehmerInnen reden über »Karl und Rosa«, als seien sie verstorbene nahe Verwandte. Ein Familientreffen. Stasi Alfred trifft auf Peter Jungautonom. Nach sechs Stunden ist das Defilee an den Gräbern vorbei. Bis zum nächsten Jahr. Dieses erstarnte Januarritual auf den Straßen Ostberlins ist Spiegel des Sprachverlusts der Linken nach dem Wegfall ihres geschichtlichen Narrativs in den Jahren nach 1989. Wie eingefroren wirken Sprache und Formen dieser linken Erinnerungspolitischen Wallfahrt. Ihre BesucherInnen beschwören Liebknecht und Luxemburg als ihrer Zeit entthobene Heili-

ge und erinnern die Geschichte der Novemberrevolution nur als die von der Reaktion um ihren Sieg gebrachte Arbeiterklasse. Die geschichtliche Erfahrung für heute zu übersetzen, scheint unendlich schwer.

Vermutlich treten dem AutorInnenkollektiv Loukanikos Anlässe wie das Liebknecht/Luxemburg-Gedenken vor Augen, wenn es für die Abkehr von linken Mythen wirbt. Was jedoch an deren Stelle treten soll, bleibt in dem Interview unklar. Mit keinem Wort reflektiert Loukanikos das Problem, dass nach 1989 ganze linke Wissenswelten auf den Grund des Vergessens herabsanken und deshalb so schwer zu heben sind, weil es an Orten mangelt, wo sie gehoben werden könnten. Die »kritisch-solidarische« Rede über »vergangene Kämpfe« setzt deren Kenntnis voraus. Das hört sich banal an, ist es aber nicht. Der Horizont dessen, was Linke als historischen Bezugsrahmen ansehen, ist weithin fragmentiert und eingeengt auf die perspektivische Wahrnehmung eigenen politischen Selbstverständnisses oder Aktionsfeldes.

## Erzählung oder Narrativ, nicht Märchenstunde

Zudem kennt Loukanikos offenbar keinen Unterschied zwischen Mythos und Erzählung. Das ist fatal. Mythen sind verzichtbar, schaden gar. Erzählungen jedoch geben einer politischen Strömung erst Sprache und Herkunft. Erzählung oder Narrativ meint nicht Märchenstunde, sondern die vermittelbare Rede davon, was Geschichte ist: keine Abfolge von Siegen oder Niederlagen, sondern ein offener Prozess.

Ein Versuch zu einem linken Narrativ sollte der Utopie einer anderen Gesellschaft dicht auf der Spur bleiben, ohne »Weil damals, so heute«-Schlüsse zu ziehen. Vielmehr gilt es, die Vielstimmigkeit und Widersprüchlichkeit linker Geschichte(n) sicht- oder hörbar zu machen. Diese Vielstimmigkeit muss den Abgründen und Verbrechen linker Geschichte ebenso Raum geben, wie unbestreitbaren Verdiensten und Erfolgen von Personen und Ereignissen. Dem Streit, wer oder was der Geschichte der Linken nicht, noch nicht oder nicht mehr zuzuordnen wäre, gälte es eine Multiperspektivität entgegenzusetzen, deren Interesse nicht das glatte Papier historischer Annalen ist, sondern die Spannung, die entsteht, wo scheinbar nicht zusammenpassende Erzählungen aufeinander treffen. Die Arbeit in der Unterwelt linker Geschichte ist erfolgreich, wo sie Fragmente von Utopie als Spur freilegt, ohne sie sogleich zu einem festen Bild fügen zu wollen.

Im Fachkabinett Geschichte meiner Schule gab es an der Wand einen Zeitstrahl. Auf diesem führte in tiefem Rot der Gang der Geschichte über die Entdeckung des Feuers, die Oktoberrevolution und das erfolgreiche Wohnungsbauprogramm der DDR geradewegs in den bildlich nicht mehr dargestellten Kommunismus. An seiner Stelle war die Wand schmutzig weiß. Im Herbst 1989 wurde der Zeitstrahl abgehängt. Die Geschichte habe sich erledigt, so jener Lehrer, der bis September des gleichen Jahres ein glühender Verfechter des Modells roter Zeitstrahl als alleinigem Verständnisszugang zur Geschichte war. Als ihm eine Gruppe SchülerInnen zum



In welchem Zustand sich linke Erinnerungspolitik befindet, lässt sich alljährlich im Januar in Berlin-Friedrichsfelde in Augenschein nehmen.

Abschied Benjamins Thesen Über den Begriff der Geschichte schenken, reagierte er irritiert ratlos. Dort heißt es: »Nur dem Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der davon durchdrungen ist: auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.« (1) Der Determinismus des Zeitstrahls hatte sich in der Tat erledigt. Die Frage, was an die schmutzig-weiße Leerstelle treten könne, war hingegen offener als zuvor.

Rosa Luxemburg kennt jedeR. Die Geschichte jener Frau aber, der wir die Überlieferung ihrer Schriften verdanken, Mathilde Jacob, Sozialistin, Jüdin, Sekretärin und enge Vertraute Rosa Luxemburgs, die nicht nur ihre Schriften schmuggelte, ihr Wäsche und Äpfel in die Festung Wronke zu bringen vermochte, die revolutionären Tobsuchtsanfänge von Leo Jogiches ertrug und Paul Levi half, die Klageschrift gegen Rosa Luxemburgs Mörder zu verfassen, weiß kaum jemand zu erzählen, obwohl sie mehr über das 20. Jahrhundert sagt als jedes Lehrbuch. Gerade weil Mathilde Jacob keine Gedankenzüge gewidmet sind, sie sich der Eindeutigkeit politischer Zuschreibungen entzieht und ihr Leben die Spannungen des Jahrhunderts spiegeln, sollte ihr ein

Gedächtnis zukommen, welches sich von den Zuschreibungen an Luxemburg/Liebknecht fernhält. Linkes historisches Bewusstsein erfährt eine ungeheure Erweiterung, wo es auf den Aufenthalt in scheinbar sicherem Gefilde verzichtet. Die Erkenntnisse der Strömungen kritischer Geschichtsschreibung der zurückliegenden 40 Jahre sind Beleg dafür.

## »Die Toten haben einen leichten Schlaf«

Heiner Müller sah das fortwährende Gespräch mit den Toten für den Fortbestand historischen Gedächtnisses als unabdingbar: »Die Toten haben einen leichten Schlaf. Sie konspirieren in den Fundamenten. Ihre Träume sind es, die uns würgen.« (2) Ihn interessierten die Zwischenräume historischer Vorgänge, in denen die Dinge überhaupt nicht so entschieden waren, wofür wir sie später zu deuten gewohnt wurden. Es lohne sich, so Müller, in den historischen Zwischenräumen nach kontrafaktischen, politisch nicht intendierten Wirkungen historischer Vorgänge zu fahnden, die Auskunft über das Maß an Eigensinn geschichtlicher Akteure geben.

»Leg dein Ohr auf die Schiene der Geschichte«, sang die Band Freundeskreis in den späten 1990ern und erinnerte damit in einer Zeit, in der unentwegt das Ende der Geschichte beschworen wurde, daran, wie Geschichte fassbar wird. Dass von ihrem Ende niemand mehr spricht und stattdessen der Horizont der Geschichte weithin aufgerissen ist, zeigt, welche Schätze und Abgründe jene erwarten, die sich nicht für Gewissheiten, sondern für Konflikte interessieren. ●

David Begrich ist Theologe und in der politischen Bildung tätig.

Zuerst erschienen in ak 581/  
15.3.2013

### Anmerkungen:

1) Walter Benjamin: *Werke und Nachlass: Kritische Gesamtausgabe Band 19. Über den Begriff der Geschichte.* Suhrkamp Verlag, Berlin 2011.

2) Heiner Müller: *Germania 3: Gespenster am toten Mann.* Henschel Schauspiel Verlag, Berlin 1996.

## Literatur:

Heinz Knobloch: *Meine liebste Mathilde: Erinnerungen an Mathilde Jacob.* Buchverlag Der Morgen, Berlin (DDR) 1985.

Heiner Müller: *Ich schulde der Welt einen Toten. Gespräche mit Alexander Kluge.* Rotbuch Verlag, Hamburg 1996.

Emil Stock: *Jakob Walcher: Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York.* Trafo Verlag, Berlin 1998.

Oskar Negt/Alexander Kluge: *Geschichte und Eigensinn, Band 2.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1993.

# Bisherige Antworten in Zweifel ziehen

Fallstricke und Herausforderungen  
linker Geschichtspolitik

Von Renate Hürtgen

**E**ine linke Geschichte«, so nannten vor einigen Jahren die Grips-Theatermacher eines ihrer Bühnenstücke und hatten damit auf witzige Weise eine Metapher dafür gefunden, dass eine linke Geschichtsschreibung nicht frei ist von zweifelhaften Deutungen. Dieses Problem hat auch die AutorInnen des Artikels »Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik« (ak 570) umgetrieben.

Sie zweifeln mit Recht daran, dass ein Geschichtsbild schon allein dadurch wahrhaftiger wird, dass es von Menschen mit einer linken Gesinnung gezeichnet wird. Führt die Entgegnung auf einen herrschenden Mythos, fragen sie, nicht wieder zu einem solchen, nun mit umgekehrtem Vorzeichen, aber nicht weniger unhistorisch? Die AutorInnen sind offensichtlich misstrauisch gegenüber einer Linken, die der Geschichte, namentlich ihrer eigenen, nicht kritisch gegenübersteht. Und

sie haben guten Grund für ihre Befürchtung.

## Reflexartige Abwehr statt Aufarbeitung

Geradezu reflexartig reagiert ein Teil der Linken auf jede Kritik an den Gesellschaften des sogenannten real existierenden Sozialismus. Sie versuchen zu retten, was nicht mehr zu retten ist, indem sie die »guten Seiten« in der Art von Verteidigungsritualen immer und immer wieder aufzählen. Das streichelt die Volkseele und verleiht einer solchen Geschichtsbetrachtung den Anschein von Verbundenheit mit den Massen, wenigstens mit denen im Osten.

Demgegenüber ignoriert dieselbe Linke – im schlimmsten Fall verteidigt sie sie sogar – viel zu häufig die politische Verfolgung durch die DDR-Staatssicherheit und die Schüsse an der Grenze und erinnert die ehemaligen Beschäftigten im VEB mit erhobenem Zeigefinger daran, wie gut es ihnen damals gegangen sei.

Hier hört die Massenverbundenheit allerdings auf. Denn mit einem solchen Urteil über den Betrieb-

salntag in der DDR lässt sich kaum erklären, warum die Bevölkerung dieses Regime zum Teufel gejagt hat. Ein historisch erklärender Zugang zum überraschenden Wahlergebnis im März 1990 bleibt einer Linken jedenfalls verschlossen, die nicht zur Kenntnis nehmen will, dass eine Mehrheit in der DDR schon seit langem frustriert und unzufrieden mit ihrem Leben geworden war.

Überhaupt scheint 1989 kein günstiger Augenblick für einen großen Teil der Linken gewesen zu sein, endlich mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte zu beginnen. Enttäuscht über den Ausgang der Massenbewegungen – wieder einmal hatte das Ergebnis einer revolutionären Erhebung wenig mit dem zu tun, weswegen die Akteure mobil geworden waren, und noch weniger mit dem, was sich die Linke erhofft hatte –, fanden viele unter ihnen einfach kein Verhältnis zu den Demonstrierenden. Was sie wollten, blieb ihnen fremd, deren Begehren nach einem westlichen Leben völlig unverständlich.

Ich gehöre zu denen, die verzweifelt über den Ausgang der Revo-

lution 1989 und entsetzt über den folgenden Einheitstaumel waren. Eine historische Aufarbeitung ersetzen diese Gefühle jedoch nicht. Und nur wenige Linke haben sich an diese Arbeit gemacht.

Die nach 1989 aufkommende Fokussierung auf den faschistischen Charakter der (bevorzugt Ost-)Deutschen hatte mit einer historisch-kritischen Analyse dessen wenig zu tun, was die Mehrheiten so und nicht anders hatte handeln lassen. Häufig ersetzen derartige Zuschreibungen eine genaue Darstellung der Ereignisse und der Motive ihrer Akteure, die auf diese Weise der Einfachheit halber auf zwei, drei Eigenschaften reduziert werden.

Tatsächlich waren die Jahre 1989/90 voller widersprüchlicher, oft unerwarteter Ereignisse, so dass es einiger Anstrengungen bedurft hätte, sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden. Zu wenig Linke haben sich dieser Mühe unterzogen; ihre Fremdheit gegenüber der DDR-Bevölkerung und ihre eigene Betroffenheit über den Ausgang der Geschichte waren zu groß.

Die Situation war 1989/90 für die Linke in jeder Hinsicht schwierig. Im Kampf der beiden imperialen Mächte hatte der Westen den Osten geschlagen. Es war nicht zu übersehen, wer als »Sieger der Geschichte« daraus hervorgegangen war. Die bürgerliche Welt triumphierte und begann von Stund an, die bisherige Entwicklung so zu deuten, als wäre alles bisherige Geschehen ein Markstein auf dem Weg zum vereinigten Deutschland gewesen.

Ein Paradebeispiel für diese Art von Umdeutung liefern die alljährlich stattfindenden Feierlichkeiten zum 17. Juni 1953. Sehr schnell war mit dem Begriff des »Volksaufstandes« sein Charakter als Arbeiteraufstand verdrängt und alle Motive und Forderungen der Aufständischen auf den Wunsch nach Wiedervereinigung à la 1990 reduziert.

### **Der Kampf um die Deutungshoheit**

Aber wo blieb die Linke? Was hatte und hat sie dieser teleologischen Geschichtsbetrachtung entgegenzusetzen außer Empörung darüber,

  
Nur wenige Linke haben sich an diese Arbeit gemacht.

dass damit zugleich die heutige als die beste aller Welten gelobpreist wird? Die einzig richtige Antwort wäre gewesen, sich selber mit dem Charakter dieses Juniaufstandes zu befassen, mit den zahlreichen, auch linken Mythen, die dieses Ereignis bis heute begleiten. Er eignet sich hervorragend, um die Frage zu diskutieren: Wie sozialistisch war die DDR überhaupt?

In der Historikerzunft tobte nach 1989 ebenfalls der Kampf um die Deutungshoheit. Auch wenn es dabei ganz wesentlich um die Geldtöpfe ging, um Professuren und Projekte: Es ging auch um die Methoden und Inhalte, es ging darum, nunmehr festzuschreiben, wie diese Gesellschaften einzuschätzen sind.

In der öffentlichen Wahrnehmung haben eher die VertreterInnen einer totalitarismustheoretischen Herangehensweise das Rennen gemacht. Aber auch ihre theoretischen KontrahentInnen, die sozialdemokratisch orientierten SozialwissenschaftlerInnen und AlltagshistorikerInnen, konnten mit ihren Arbeiten die Büchertische füllen.

Die ZeithistorikerInnen sämtlicher Couleur haben wichtige, dank der nach 1990 geöffneten Archive auch neue Erkenntnisse über die DDR geliefert. Nur zu einer historisch-materialistischen Analyse der DDR-Gesellschaft hat es nicht gereicht: Die einen verblieben auf der Ebene politischer Herrschaft und reduzierten die DDR häufig auf die Stasi. Die anderen verloren sich in der empirischen Beschreibung der DDR-Gesellschaft, bei der die Strukturen, namentlich die vertikalen der Herrschaft, zu kurz kamen.

Und wo war die Linke in diesem Streit? Sichtbar wurde sie zunächst eigentlich nur in Gestalt einer Reihe von DDR-ProfessorInnen, deren »natürliche« Erkenntnisgrenze sich mit ihrer Funktion in der DDR erklärt: Entweder verteidigten sie diese Gesellschaft oder sie gehörten zu den ReformierInnen, die nicht über die Logik der Verbesserung des Parteistaates hinauskommen. Zu einem radikalen Neuanfang reichte es einfach nicht.

Leider schlossen sich viele Linke diesem Verständnis an bzw. mach-

ten sich nicht daran, es zu widerlegen. Sie waren vielmehr damit beschäftigt, die politisch diffamierenden Einschätzungen der Totalitarismusforschung zu verdammen, ohne deren richtige und wichtige Befunde zur Kenntnis zu nehmen. Empört wiesen sie zurück, wenn von politischer Unterdrückung in der DDR gesprochen wurde, statt sich an die theoretische Arbeit zu machen, nicht nur die politischen, sondern vor allem die ökonomischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen in der DDR aufzudecken. Statt also 1989 als Chance zu begreifen, aus der Logik der Systemkonfrontation auszuweichen und damit zu einem Neuanfang linker Geschichtsaufarbeitung zu gelangen, machte sich vielerorts die alte Bunkermentalität breit.

Inzwischen hat sich einiges geändert; die von mir nur skizzenhaft angedeutete Situation einer linken Geschichtsaufarbeitung am Ende der sogenannten Systemauseinandersetzung ist am Aufbrechen. Fragen nach der Tradition der Linken und nach der kommunistischen Alternative werden gestellt, gezweifelt wird an der Gültigkeit der bisherigen Antworten. Die im ak angestoßene Diskussion über den zeitgemäßen Umgang mit linker Geschichte ist nur eine von vielen, die aktuell innerhalb der Linken geführt werden. Machen wir uns an die Arbeit. ●

---

**Renate Hürtgen**, linke Ostbürgerbewegte, ist Zeithistorikerin und in zahlreichen sozialen und betrieblichen Bewegungen aktiv.

---

Zuerst erschienen in ak 584/  
21.6.2013

#### **Anmerkung:**

Was Renate Hürtgen konkret unter historisch-kritischer Aufarbeitung versteht, kann in ihrem Aufsatz »Wie sozialistisch war der ›real-existierende Sozialismus‹? oder: Es ist nicht immer drin, was draufsteht« nachgelesen werden, erschienen in dem Band »Was tun mit Kommunismus?!« im Unrast Verlag.

# Trotz Stalin, Knopp und alledem

Abschlussbeitrag zur ak-Debatte  
um linke Geschichtspolitik

Vom AutorInnenkollektiv  
Loukanikos

**W**as ist denn nun das »Angebot in Sachen linker Geschichtspolitik«, fragte Jens Renner. Und was, so David Begrich, soll an die Stelle von linken Mythen treten, wenn man sich von ihnen abgewendet hat? Begonnen hatte die »Loukanikos-Debatte« zu Sinn und Unsinn linker Geschichtspolitik mit einem Auszug aus unserer Diskussion »Im Zweifel für den Zweifel?«. Nun soll sie mit diesem Abschlussbeitrag (vorerst?) enden. Mit der Luxemburg-Vertrauten Mathilde Jacob, mit Rosa Luxemburg selbst, der italienischen Resistenza und dem »Arbeiteraufstand« in der DDR am 17. Juni 1953 (Renate Hürtgen) tauchten in der Debatte auch unmittelbar Kostproben aus dem geschichtlichen Material auf, mit dem linke Geschichtswahrnehmung und -politik die notwendige Konkretion geschichtstheoretischer Erkenntnisse vornehmen kann.

Es wurden ebenfalls einige Beispiele für einen linken Gebrauch der Geschichte genannt, in dem »ein kämpferischer Vergangenheitsbe-

zug in Mythenproduktion umschlägt« (AK Loukanikos). Dies geschehe zum Beispiel im Rahmen der jährlichen – von David Begrich als »Fronleichnamsprozession« bezeichneten – Luxemburg-Liebknicht-Demonstration in Berlin. Auf Veranstaltungen wie dieser »linken erinnerungspolitischen Wallfahrt« (Begrich) verkommen Figuren der linken Geschichte zu Säulenheiligen, so überhöht sind sie und so skurril werden sie mitunter als HeilsbringerInnen inszeniert.

Wenn das linke Tradition ist, ist es notwendig zu fragen, wann und wie sie den Blick in die oft unangenehme Komplexität der Geschichte konkret »stört« und wann sie deswegen »kritisiert« werden muss (Renner). An bestimmten historischen Gegenständen und ihrer Analyse muss sich zeigen, wie ein emanzipatorischer Bezug zur Vergangenheit sinnvollerweise aussieht – geschieht das nicht und bleibt es bei rhetorisch-abstrakter Fassadenmalerei, besteht die Gefahr des »historischen Relativismus« (Renner).

Alle politischen AkteurInnen nutzen die Geschichte zur Sinnstiftung und gebrauchen sie als Fundus für Symbol- und Identitätspolitik; es hätte dramatische politische Folgen,

wenn die Linke sich auf ein stilles Zwiegespräch mit der Geschichte zurückziehen würde. Damit ist ein kompliziertes Problem angesprochen: Wie ist der Geschichte gerecht zu werden, ohne sie im Dienste des alltagspolitischen Handgemenges zurechtzustutzen und umzulackieren, also auf eine Passform zu bringen, die sie letztlich auf einen internen Wohlfühlfaktor und ein leeres Argument im Kampf um Deutungshoheit reduziert? Und wie überlässt man andererseits die mobilisierende Kraft der Geschichte trotzdem nicht dem ZDF oder dem unkritischen Traditionalismus?

Ein entscheidendes Moment für die Strategien linker Geschichtspolitik scheint in der Dynamik von bürgerlicher Geschichtsdarstellung, dem politischen Kräfteverhältnis insgesamt und dem Geschichtsbezug der Linken zu liegen. Ständig in der politischen Defensive, gewöhnte sich die Linke daran, ihre Geschichtspolitik allzu oft reflexhaft-abwehrend an bürgerlichen Erzählungen auszurichten: Den bürgerlichen Mythen werden die Vorzeichen umgekehrt, um sich wenigstens einen Restbestand an eigenen HeldInnen zu bewahren. So fehlt zum Beispiel trotz vermehrter Beschäftigung mit dem Stalinismus immer noch eine offensive Kritik an ihm, die die historische Definitionsmacht der SiegerInnen von 1989 in Frage stellen könnte. Und dies betrifft nicht nur den Stalinismus, sondern die gesamte sozialistische und kommunistische Politik seit 1917. Es geht also nicht nur darum, verkürzende »Weil damals, so heute«-Folien (Begrich) zu vermeiden, sondern es ist genauso wichtig, simple geschichtspolitische Umkehrschlüsse und die Gesprächsverweigerung mit der diskreditierenden »eigenen« Vergangenheit aus dem linken Repertoire zu verbannen.

## Konkrete Arbeit gegen den Mythos

So wie dem Hass auf die Kommunistin Rosa Luxemburg nur mit »einer differenzierten Darstellung« (Renner) ihrer Person und ihrer geschichtlichen Präsenz zu begegnen ist, darf auch von linker Seite weder Stille zum 17. Juni 1953 herrschen, noch sollte als Gegenposition zur

bürgerlichen Umdeutung der Ereignisse in einen Volksaufstand als Vorschein der »Berliner Republik« nachträglich die denunziatorische Position der SED-Eliten eingenommen werden. Stattdessen sollte es tatsächlich darum gehen, sich »mit den zahlreichen, auch linken Mythen (zu befassen), die dieses Ereignis bis heute begleiten« (Hürtgen), um herauszufinden, was in diesen Tagen in der DDR passiert ist, was es bedeutete und was dies für eine neu zu beginnende Konzeption linker Politik im Jahr 2013 heißen könnte. Wir können Renate Hürtgen nur zustimmen, wenn sie fordert, »sich an die theoretische Arbeit zu machen, nicht nur die politischen, sondern vor allem die ökonomischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen in der DDR aufzudecken«. Dies wäre eine notwendige Konkretion linker Geschichtspolitik. Konkrete Arbeit gegen den Mythos nicht durch plumpe Zurückweisung, sondern Unterlaufen der mythischen Erzähl- und Bedeutungsstruktur durch das mühsame Herausschälen der geschichtlichen Konkretion aus ihrer mythischen Hülle.

Sonst besteht die Gefahr, dass die Aktualisierung der Vergangenheit, das Herbeirufen der geschichtlich »Abgeschiedenen« (Walter Benjamin) zum bloßen und bisweilen zynischen Labeln von Toten erstarrt. Gegen ein solches Vorgehen wendet sich auch Dirk Moldt, der im April dieses Jahres anlässlich der Einweihung der Silvio-Meier-Straße in Berlin schrieb: »Das Label Silvio Meier hat kaum noch etwas mit meinem ermordeten Freund zu tun.« (1)

Ausgehend von seiner Auseinandersetzung mit der geschichtspolitischen Inszenierung des »toten Helden« Silvio Meier vollzieht Moldt eine Doppelbewegung, die über die oben beschriebene reflexhafte Abwehr hinausweist. Er kritisiert zum einen die plakative und heroisierende Vereinnahmung seines Freundes durch junge Antifas, die in der Regel mit einer fehlenden Auseinandersetzung mit der DDR einhergeht. Demgegenüber betont er die kritische Haltung Meiers gegenüber der SED als eine wichtige Facette dessen politischen Engagements. Zum anderen

 Geschichte muss zuweilen mühsam aus ihrer mythischen Hülle herausgeschält werden.

wendet sich Moldt auch gegen die nachträgliche Selbst-Inszenierung vieler ehemaliger DDR-Oppositioneller als »bürgerlich«: »Einige ihrer Wortführer schämen sich inzwischen ihrer vormaligen sozialistischen Flausen und meinen, schon immer richtig bürgerliche Demokraten gewesen zu sein.«

Während Moldt sich also weder dem herrschenden Geschichtsgeist noch seiner reflexhaften Abwehr andient, zeigt die Selbsteinordnung einstiger sozialistischer KritikerInnen der DDR ins bürgerliche Narrativ nicht zuletzt, wie tiefgreifend und flächendeckend sich der Diskurs vom »Ende der Geschichte« durchgesetzt hat. Dieser reduzierte emanzipatorisches Denken und Handeln auf ein Mindestmaß: »The hope for a better future was replaced by the fear that the present would become worse.« (2) Vor diesem Hintergrund erscheint uns die Erkenntnis, dass »es sich lohnt zu kämpfen« (Renner) keineswegs banal, sondern vielmehr als etwas, an das immer wieder zu erinnern ist. Die Perspektive auf dieses Problem dürfte nicht zuletzt davon abhängen, ob eine politische Generation sich vor oder nach dem »Ende der Geschichte«-Jahr 1989 die Frage stellte, was zu tun ist.

### Ein reich gedeckter Tisch

Der Tisch der Geschichte, von dem Brecht sagte, er sei vielleicht rein, aber nicht leer, ist heute auch für die Linke reich gedeckt. (3) Es gibt – das zeigt schon diese kleine Debatte in der ak – das historische Material, mit dem das Panorama der menschlichen Geschichte zu füllen ist, das Material, an dem die Gewalt der Herrschaft und ihrer Strukturen aufgezeigt werden kann, und ebenso die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen, die Sehnsüchte, Schwindeleien und dramatischen Fehlentscheidungen derer, die die Welt verbessern oder sogar die Gesellschaft vernünftig einrichten wollen. Die Bemühungen um eine differenzierte, eigenständige linke Geschichtspolitik, die weder wie das Kaninchen vor der stalinistischen Schlange sitzt, noch sich in empörter Abwehr an der totalitarismustheoretischen Musealisierung des 20. Jahrhun-

derts abnutzt, haben es sicherlich nicht leicht in einem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, das Guido Knopp als übermächtigen ideellen und kulturindustriellen Gesamt-märchenerzähler eingesetzt hat. Vor solchen Grenzen der eigenen Wirksamkeit sollten wir nicht die Augen verschließen. Bessere Argumente sind eben nicht hinreichend; die zentrale Frage bleibt, wer über wie viel politische Ressourcen und Medienöffentlichkeit verfügt.

Trotz Stalin, Knopp und alledem freuen wir uns jedoch über Renate Hürtgens Aufforderung, sich im Sinne der Entwicklung eines »zeitgemäßen Umgangs mit linker Geschichte« an die Arbeit zu machen. Ein möglicher Ort dafür wäre die Konferenz »History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, Heute und Morgen«, die am 6. und 7. Dezember in Berlin stattfinden wird und die vom AK Loukanikos in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wird. Sie soll sich erklärtermaßen »den Möglichkeiten und Fallstricken eines Bezugs auf die Vergangenheit (widmen), der sich auch einer besseren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Gegenwart verpflichtet sieht«. Es wird »diskutiert werden, welche historischen Bezüge bei gegenwärtigen sozialen Kämpfen eine Rolle spielen und inwieweit durch diese neue gegenhegemoniale Erzählungen entworfen werden«. Wir freuen uns auf die Diskussionen und laden herzlich dazu ein. ●

Zuerst erschienen in ak 585/  
14.8.2013

#### Anmerkungen:

- 1) Dirk Moldt: *Das Leben toter Helden*, taz 26. 4. 2013.
- 2) Bini Adamczak: *The End of the End of History – And Why the Era of Revolutions Is Upon Us*, 9.7.2013, online unter [www.occupy.com](http://www.occupy.com).
- 3) »Warum nicht da reinen Tisch machen? Warum nicht von heute reden? Aber der den großen Sprung machen will, muß einige Schritte zurück gehen. Das Heute geht gespeist durch das Gestern in das Morgen. Die Geschichte macht vielleicht einen reinen Tisch, aber sie scheut den leeren.« Bertolt Brecht: *Bei Durchsicht meiner ersten Stücke*, März 1953.

# Die Melodie des Dr. Martin Luther King

Die US-Bürgerrechtsbewegung politisierte die Gegenkulturen und rückte Musik ins Zentrum einer historischen Umwälzung

**Nachdem die Debatte um linke Geschichtspolitik im August 2013 zum Abschluss kam, erreichte uns ein weiterer Beitrag. Er greift Fragen, die in der Debatte aufkamen, nochmals am konkreten Beispiel der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung auf. Mit der bloßen Ablehnung linker Mythen sei es nämlich nicht getan, so Max Lill. Der Mythos sei vielmehr eine Form der Verarbeitung kollektiver Erfahrungen, die unser rationales Denken überfordern.**

Von Max Lill

**A**m 28. August erreichte das Gedenkspektakel in den USA seinen Höhepunkt: Großdemonstrationen, staatstragende Ansprachen und unzählige »I-have-a-dream«-Zitate zelebrierten den 50. Jahrestag des »Marsches auf Washington für Arbeit und Freiheit«, bei dem Martin Luther King seine berühmte Rede hielt. Auch wenn die massive Inszenierung abschrecken mag: Die Ereignisse des Jahres 1963 sind in ihrer Bedeutung für eine globale Geschichte der Emanzipation kaum zu überschätzen.

Zugleich berühren sie einige der Fragen nach linker Geschichtspolitik, die jüngst auch in ak diskutiert wurden, etwa die, ob »wir« tatsächlich »keine linken Mythen brauchen« (so das AutorInnenkollektiv Loukanikos in ak 578) – oder was an ihre Stelle treten sollte. Ich will die Aufmerksamkeit auf Formen des Erinnerns lenken, die eine kollektive Erfahrung auch jenseits von Faktenwissen und intellektuellem Diskurs vergegenwärtigen. Denn für das Ringen um Hegemonie ist die Auseinandersetzung mit kulturellen Zeugnissen vergangener Kämpfe im Alltag, auch auf einer emotionalen und sinnlichen Ebene, womöglich wichtiger als der vom linken wissenschaftlichen Prekariat aufgetürmte

Berg an klugen, aber kaum gelesenen Forschungsarbeiten.

### Der Kampf für Bürgerrechte

Die US-Bürgerrechtsbewegung beendete, ausgehend vom Busboykott in Montgomery 1955/56, die Friedhofsruhe der McCarthy-Ära. (1) Nach knapp zehn Jahren erreichte sie eine grundlegende Reform der rassistischen Segregations- und Wahlgesetzgebung. Doch die Ziele der Bewegung reichten weiter: Sie forderte eine radikale Umverteilung von Macht und Reichtum, die Überwindung der (post-)kolonialen Strukturen und die Anerkennung der Würde und Integrität eines jeden Menschen. Auch der heute so konsensfähige »träumende« Martin Luther King bekannte sich gegenüber Vertrauten zum demokratischen Sozialismus und bemühte sich um Vermittlung gegenüber den ab Mitte des Jahrzehnts erstarkenden militant-separatistischen Spektren der Black-Power-Bewegung. (2)

Die Kämpfe in den USA waren Teil des globalen Aufschwungs anticolonialer Bewegungen, die allein im Jahr 1960 17 afrikanische Staaten in die Unabhängigkeit führten. Die Bürgerrechtsbewegung markierte ihr Vordringen ins Zentrum des kapitalistischen Weltsystems. Sie politisierte dort die neuen jugendlichen Gegenkulturen und bereitete den Boden für die erste große Studentenrevolte: das Free Speech Movement 1964 in Berkeley. Damit leitete die Bürgerrechtsbewegung die Legitimationskrise des fordistischen Kapitalismus mit ein – bevor sie im tragischen Schlüsseljahr 1968 in Gewalt erstickt wurde.

Zunächst prägten vor allem schwarze Kirchengemeinden in den Südstaaten und eine christliche Befreiungstheologie die Bewegung. Ihr politischer Durchbruch gelang im Frühjahr 1963 in Birmingham (Alabama) mithilfe von Aktionen des zivilen Ungehorsams. Friedliche Protestmärsche und Sit-ins provozierten sehr bewusst eine Eskalation der rassistischen Gewalt, um öffentlichen Druck aufzubauen und die bislang untätige Regierung Kennedy/Johnson zum Handeln zu zwingen. Ein wichtiges Mittel, um den Gewalt-

  
Sollten wir  
Mythen  
am Ende  
also  
wieder  
nähren,  
statt sie  
zu hinter-  
fragen?

exzessen von Polizei und weißem Mob auch psychisch standzuhalten, war musikalisch-spiritueller Natur: Das gemeinsame Singen der Freedom Songs, die aus der Tradition des Gospel und der Spirituals hervorgegangen waren, beschwor im Angesicht der Gewalt ein uraltes Band der Solidarität und Zuversicht.

Trotz dieser religiös geprägten Symbolik hatte sich die Basis der Bewegung bereits seit etwa 1960 zu säkularen Milieus hin geöffnet: Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC/»Snick«), das unter dem Einfluss der Bürgerrechtsaktivistin Ella Baker die direkten Aktionen vorantrieb, hatte die Segregation auch in den eigenen Organisationsstrukturen aufgebrochen, genauso wie die männliche Dominanz an der Spitze. Dass es zunehmend gelang, auch junge Menschen aus den liberalen weißen Bildungsmilieus zu mobilisieren, war der kulturellen Strahlkraft der Bewegung zu verdanken. Diese verdichtete sich vor allem im Folk-Revival, das im Juli 1963 seinen vorläufigen Höhepunkt beim Festival in Newport erreichte.

### Musik als Bewegungsgedächtnis

Folkmusik war in den USA seit der Jahrhundertwende Teil der Geschichte der Linken. Zu Beginn des Revivals hatte neben der Pflege lokaler Stile die Wiederentdeckung der Folktradition der Arbeiterbewegung im Vordergrund gestanden. Diese reichte von der anarchistisch geprägten, antirassistischen Gewerkschaft der International Workers of the World (»Wobblies«) in den 1910er und 1920er Jahren über die Kämpfe der Weltwirtschaftskrise und des New Deal bis zu Organisationen wie der People's Songs Incorporated. Nachdem die Folkbewegung wegen ihrer Nähe zu sozialistischen Positionen in den 1950er Jahren aus dem öffentlichen Leben verdrängt worden war, entdeckte angesichts der (vorläufigen) Kommerzialisierung des Rock'n'Roll nun eine jüngere Generation diese Musik für sich – und mit ihr einen ganzen Kosmos an Erzählungen aus dem Alltagsleben und den Klassenkämpfen der arbeitenden Bevölkerung, ein kollektives

Gedächtnis der sozialen Bewegungen.

In den Kaffeehäusern des Greenwich Village in Manhattan und anderer Zentren der studentischen Bohème verbanden sich die sozialkritischen Texte des Folk mit den Resten der literarischen Beatkultur, ihrer existenzialistischen Poesie des Unbewussten. Das Folk-Revival war allerdings integrativer als die am avantgardistischen Jazz orientierten Beatniks. Das gilt nicht nur angesichts der einfacheren musikalischen Techniken, die ein massenhaftes Musizieren von AmateurInnen ermöglichten. Auch die sozialen Erfahrungen, die in den Liedern zur Sprache kamen, waren breiter. Neben starken Frauen wie Odetta, Joan Baez oder Nina Simone erfuhren ältere schwarze BluesmusikerInnen aus dem ländlich geprägten Süden eine späte Anerkennung. Die Erinnerung reichte bis zurück zu den Worksongs, deren Synchronisation mit den Rhythmen der Feldarbeit seit den Zeiten der Sklaverei eine ganz unmittelbare Überlebens-technik dargestellt hatte.

### Gestus der Wahrhaftigkeit

Doch auch Zeitspezifisches und sehr Persönliches prägte die Musik. Sie bot das ästhetische Repertoire, um individuelle Entfremdungserfahrungen öffentlich darzustellen und zu reflektieren. Die stille Konzentration der Folk-Songs, ihre Betonung des individuellen gesanglichen Vortrags und der intuitiven Variation in Timing, Dynamik und Phrasierung waren hierfür entscheidend. Die Musik gab einer radikalen Subjektivität eine Stimme, die gegen den Konformitätsdruck der fordistischen Ära aufbeehrte und die schon bald zum Motor der (dann rockmusikalisch untermalten) Jugendrevolte werden sollte.

Die Begegnung mit der Bürgerrechtsbewegung war hierfür elementar: Sängerinnen wie die SNCC-Aktivistin Bernice Johnson Reagon trugen die Freedom Songs in einem Gestus unbedingter Wahrhaftigkeit vor. Das inspirierte auch den aufsteigenden Stern des Folk-Revivals, den jungen Bob Dylan. Dieser schrieb 1962/63 zahlreiche antirassistische Songs, deren Mischung

aus intimer Nähe, realistischer Reportage und zeitloser Metaphorik regelrechte Wellen der Erschütterung durch die Kulturwelt jagte.

Dabei stammte der 22-Jährige aus einer konventionellen jüdischen Familie des Mittelstands und hatte sich kaum je für Politik interessiert. Er war aufgewachsen in einer Kleinstadt im hohen Norden der USA, wo es praktisch keine Schwarzen gab. Dennoch wurde er (zu seinem Leidwesen) von vielen als »Sprecher der Bewegung« und geradezu prophetische Erscheinung wahrgenommen. Entsprechend war seine Kunst starken identitären Zuschreibungen und Erwartungen ausgesetzt. Dylans Übergang zur Rockmusik und einer düster-surrealistischen Lyrik löste 1965 in Newport heftige Proteste aus und gilt als symbolisches Ende des Folk-Revivals.

Zur gleichen Zeit standen die schwarzen Viertel von Los Angeles und Chicago in Flammen. Die Strategie der Gewaltlosigkeit verlor an Boden, schwarzer und weißer Protest liefen wieder auseinander. Black Power wurde nun vor allem mit den harten und schnellen Rhythmen des zeitgenössischen Soul identifiziert, während die am schwarzen Rhythm and Blues der 1940er Jahre anknüpfende Rockmusik die Gegenkultur der Hippies und die militanten Studentenproteste der Jahre 1967/68 musikalisch begleitete.

### **Bewegung ohne Mythos?**

Keine Frage: Das Folk-Revival und auch die Bürgerrechtsbewegung waren durchdrungen von Mythen und verklärter Erinnerung. Auch die idealisierende Bezugnahme der studentischen Gegenkulturen auf afroamerikanisch geprägte Stile blieb oftmals in rassistischen Stereotypen gefangen. Entscheidend war dennoch, dass die symbolischen Grenzziehungen zwischen Eigenem und Fremdem, zwischen Schwarz und Weiß, Oben und Unten ins Rutschen gerieten und sich soziale Räume der Wahrnehmung und Auseinandersetzung öffneten. Die performativen Strategien des »Black is Beautiful«, die etwa den Soul der folgenden Jahre prägten, bauten darauf auf und attackierten unter den Bedingungen

des politischen Backlash die rassistischen Imaginationen der Mehrheitsgesellschaft.

An Figuren wie Dylan und King wird zugleich deutlich, in welchem Ausmaß Charisma, Geniekult und Religion die Bürgerrechtsbewegung und das Folk-Revival prägten. Nur war deren Wirkung deshalb keineswegs einseitig regressiv. Sie war vielmehr von zentraler Bedeutung für die Mobilisierungsdynamik dieser Bewegungen.

Mit einer bloßen Ablehnung »linker Mythen« ist es daher nicht getan. Der Mythos ist eine Form der Verarbeitung kollektiver Erfahrungen, die unser rationales Denken überfordern. Er wird besonders in Zeiten des Umbruchs wachgerufen. Und solange wir im Kapitalismus leben, entfalten die Verhältnisse ihre Wirkung meist »hinter unserem Rücken«, wie es so schön heißt. Epochale Bewegungen kommen daher vermutlich auch heute nicht ganz ohne Mythen aus.

Sollten wir Mythen also wieder nähren, statt sie zu hinterfragen? Natürlich nicht. Aber wir sollten sie auch nicht auf verstaubte Rituale und objektive historische Fehlurteile reduzieren. Der Mythos war in der Geschichte oft eng verbunden mit dem, was die SoziologInnen Luc Boltanski und Éve Ciapello in ihrem Werk »Der neue Geist des Kapitalismus« als »Künstlerkritik« bezeichnen. Im Gegensatz zur Kritik an materiellen sozialen Ungerechtigkeiten speist sich die Künstlerkritik aus der Erfahrung des Sinnverlustes in einer Gesellschaft, die dazu tendiert, jede Lebensäußerung in eine Ware zu verwandeln. Sie artikuliert Bedürfnisse nach Autonomie, Selbstentfaltung und persönlicher Aufrichtigkeit, in den 1960er Jahren wichtige inhaltliche Quellen der Gegenkultur. Wir sollten daher der Wirkungs- und Erklärungsmacht des Mythos nachspüren – und das nicht nur mit dem Kopf. Denn vielleicht ist die akademische Rationalisierungswut, diese lähmende Angst, einmal nicht alles umfassend reflektiert zu haben, auch Teil der Mauer um die linksintellektuellen Rückzugsorte – und am Ende nur eine Form, um Komplexität abzuwehren. ●

Von Max Lill erschien im November im Verlag des Archivs der Jugendkulturen Berlin das Buch »The whole wide world is watchin'. Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren – Bob Dylan und The Grateful Dead«.

Zuerst erschienen in ak 586/  
17.9.2013

#### **Anmerkungen:**

1) Am 1. Dezember 1955 weigerte sich in Montgomery (Alabama) Rosa Parks, ihren Sitzplatz im Bus Nr. 2857 für einen weißen Fahrgast zu räumen. Schwarze Fahrgäste durften nur bestimmte Sitzreihen nutzen und mussten Weißen gegebenenfalls ihren Platz zur Verfügung stellen. Zu ihrer Gerichtsverhandlung einige Tage später organisierte das Women's Political Council einen eintägigen Busboykott durch die schwarze Bevölkerung Montgomerys, anschließend wurde die Aktion bis zur Aufhebung der Segregation in den öffentlichen Bussen Ende 1956 fortgesetzt. Der Montgomery Busboykott gilt als erster großer Erfolg der US-Bürgerrechtsbewegung.

2) Siehe Albert Scharenberg: Martin Luther King. Ein biografisches Porträt, Freiburg 2011.